



VAdM-Kurier

67. Ausgabe: Juli 2025

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
67. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
Juli 2025

Inhalt:

editorial	Seite 1
Aktualität	Seite 2
Südtiroler Berge: Italiener wollen deutsche Hüttennamen los werden	Seite 2
Ratingen: Oberschlesisches Landesmuseum sollte als „Leuchtturm“ gerettet werden	Seite 3
Eine sudetendeutsche Stimme im Deutschen Bundestag	Seite 4
Gedenken an die Opfer des Komotauer Todesmarsches	Seite 4
Trump attackiert Putin — und manövriert zwei andere Großmächte in die Enge	Seite 5
Presseschau:	Seite 6
Bewegende Wallfahrt der vertriebenen Donauschwaben	Seite 6
Historische Presseschau	Seite 7
Voraussetzungen des Weltfriedens	Seite 7
Buchvorstellung	Seite 8
Hans Fenske: Der Anfang vom Ende des alten Europas	Seite 8
Geschichte kontrovers	Seite 9
Die Beneš-Dekrete (Teil 10): Masaryks und Beneš' Konzepte eines „Neuen Europa“ in den 1920ern	Seite 9
Hans Fenske: Der Versailler Vertrag	Seite 11
Elsaß-Lothringen: Außenpolitische Implikationen des Bauernkrieges	Seite 12
Erinnern	Seite 14
Kriegsursachen 1914 (Teil 10): Vorspiel zum Ersten Weltkrieg: Zweiter Balkankrieg	Seite 14
Temeswar: Revolution 1989 (Teil 8)	Seite 15
Literatur aus dem Osten/Impressum	Seite 17

editorial

Nach den letzten Meldungen aus dem Dunstkreis des US-Präsidenten scheint ein Frieden in der Ukraine ferner denn je: Die angedrohten Sanktionen an die BRICS-Saaten sollen diese treffen, aber allgemein sind Sanktionen für den Welthandel kontraproduktiv.

Offensichtlich sind in der neuen Regierung für schwarz-rote Vorzeigeprojekte (Ukraine-Hilfe, Aufrüstung, Bürgergeld) genügend finanzieller Spielraum vorhanden, für die Entlastung des einfachen Bürgers und Steuerzahlers bei den hohen Stromkosten reichen Mittel aber nicht.

Im Wahlkampf hatte die Union, speziell Friedrich Merz ihre Liebe (Anhänglichkeit) zu den Flüchtlingen, Aussiedlern und Spätaussiedlern entdeckt, nach der Wahl ist dieser Flirt vergessen. Die Aufhebung der Kürzung von 40% der im Ausland erworbenen Rentenanwartschaften sollte umgehend erfolgen, denn den Aussiedlern und Spätaussiedlern läuft die Zeit davon.

Martina Kempf

Herbert Karl

Jörn Leonhard

**ÜBER
KRIEGE
UND WIE
MAN SIE
BEENDET**
Zehn Thesen

C-H-Beck



Die Nachtigall

Das macht, es hat die Nachtigall
Die ganze Nacht gesungen;
Da sind von ihrem süßen Schall,
Da sind in Hall und Widerhall
Die Rosen aufgesprungen.

Sie war doch sonst ein wildes Kind;
Nun geht sie tief in Sinnen,
Trägt in der Hand den Sommerhut
Und duldet still der Sonne Glut
Und weiß nicht, was beginnen.

Das macht, es hat die Nachtigall
Die ganze Nacht gesungen;
Da sind von ihrem süßen Schall,
Da sind in Hall und Widerhall
Die Rosen aufgesprungen.

Theodor Storm
(1817—1888)

Südtiroler Berge:

Italiener wollen deutsche Hütten-Namen loswerden

Foto: Rifugio Firenze

[Stefan Schlagenhauser](#)

30.06.2025

Bozen – Sie trotzen in den Südtiroler Bergen seit weit über 100 Jahren Kälte und Stürmen. Und sie bieten Bergsteigern Schutz. Jetzt sollen sie umbenannt werden: kurz vor den Sommerferien. Der italienische Alpenverein will im größtenteils deutschsprachigen Südtirol die deutschen Namen von Berghütten loswerden. Sie sollen nun stattdessen Namen italienischer Regionen bekommen.



Die Regensburger Hütte im Grödnertal in den Dolomiten

► Die Hütten-Namen reichen zurück ins 19. Jahrhundert,

als die Menschen in den deutschen und österreichischen Städten begannen, sich für den Alpinismus zu begeistern. Zu dieser Zeit gehörte Südtirol noch zum österreichischen Tirol. Und nach der Abspaltung Südtirols und der Beschlagnahmung der Hütten durch Italien nach dem Ersten Weltkrieg behielten diese ihre Namen – wenngleich italienische Bezeichnungen dazukamen.



Auf 2278 Meter Höhe über Rein in Taufers liegt die Kasseler Hütte. Mit übergroßen Buchstaben steht der deutsche Name der Hütte an der Seite. Sie soll stattdessen bald Hochgallhütte heißen

Foto: Südtirol.com

► Es sind u. a. die Regensburger, [Kasseler](#), Marburger, [Chemnitzer](#) und die [Magdeburger](#) Hütte. So wurde die Regensburger Hütte in den Südtiroler

Dolomiten 1888 durch die Sektion des deutschen und österreichischen Alpenvereins erbaut und vom deutschen Architekten Max Schultze (1845-1926), Oberbaurat des Regensburger Fürsten von Thurn und Taxis finanziert. Die Kasseler Hütte geht zurück aufs Jahr 1877, die Magdeburger Hütte wurde 1887 erbaut.

► Doch jetzt will der [italienische](#) Alpenverein Südtirol (AVS) die deutschen Städte-Namen der Hütten aufgeben – weil sie keine Verbindung zum Gebiet

hätten. Darüber berichten der italienische Staatssender „Radiotelevisione Italiana (RAI)“ und die Südtiroler Lokalzeitung „Dolomiten“. Mit 41,1 Prozent der Touristen stellen die Deutschen derzeit die größte „Reisegruppe“.

Südtiroler Politiker laufen Sturm gegen den Vorschlag des Alpenvereins. Otto Mahlnecht (54), Vizeobmann der Partei „Freiheitlichen“ (Juniorpartner in der Südtiroler Landesregierung) sagte RAI: „Wer heute meint, dass Bezeichnungen wie Chemnitzer Hütte oder Marburger Hütte nicht mehr zeitgemäß seien, ignoriert nicht nur die Geschichte des Alpinismus, sondern betreibt eine fragwürdige Identitätspolitik auf dem Rücken historischer Verdienste.“

Quelle: https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/suedtiroler-berge-italiener-wollen-deutsche-huetten-namen-loswerden-6860f1e254352c1fc4b307cc?t_ref=https%3A%2F%2Fderef-gmx.net%2F

Ratingen: Oberschlesisches Landesmuseum sollte als „Leuchtturm“ gerettet werden

08. Juli 2025

Von Thomas Dapper

Wir alle kennen das Spiel mit den Dominosteinen, die in einer Reihe aufgebaut werden und bei dem der erste Stein eine Kettenreaktion auslöst. Danach stößt ein Stein den nächsten um.



Dieses Bild ist aktuell übertragbar auf die Initiative des ehemaligen Bundeskanzlers **Helmut Kohl**, der zufolge jede Landsmannschaft deutscher Vertriebener (also der Schlesier, der Pommern, der Preußen, der Donauschwaben, der Sudetendeutschen, der Banater Schwaben, der Bessarabien- und Dobrukschadeutschen, der Siebenbürger Sachsen, der Ostbrandenburger, der Rußlanddeutschen und natürlich auch der Oberschlesier) ein eigenes Landesmuseum erhalten und dauerhaft auch in eigener Verantwortung betrieben werden sollen.

Nun soll aber das Oberschlesische Landesmuseum geschlossen werden. So fällt der erste Dominostein und damit ist einer Relativierung der vielfältigen deutschen Kulturen aus dem osteuropäischen Raum nicht allein Tür und Tor geöffnet, sondern es steht buchstäblich die Büchse der Pandora vor der Öffnung.

Fällt das Oberschlesische Landesmuseum kann als nächstes das Haus der Heimat in Baden-Württemberg oder das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf oder das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm oder irgendein anderes Landesmuseum, ein Haus der Heimat von einer Umwidmung dem Zeitgeist folgend oder gleich von der Schließung bedroht sein.

Es ist interessant, daß auf Helmut Kohls Initiative als erster **Herbert Czaja** einging und so die Gründung des Oberschlesischen Landesmuseums als eines der Ersten vor allen anderen erfolgte.

Aus dieser erstgenannten Perspektive haben alle Vertriebenenverbände, Landsmannschaften, Häuser der Heimat und sämtliche Einrichtungen der nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes geförderten Einrichtungen ein natürliches Interesse am Fortbestand des Oberschlesischen Landesmuseums am jetzigen Standort und unter den bisherigen Bedingungen.

Insofern dürfen die Befürworter des Bestehens und die Angestellten im Oberschlesischen Landesmuseum auf die Hilfe, die Solidarität und die tätige Unterstützung aller anderen Landsmannschaften und der Landesmuseen zählen. Denn „fällt das Oberschlesische Landesmuseum, fallen alle anderen hinterher!“

Der Leuchtturm ist eine europäische Drehscheibe

Bei der Feier zum 25. Bestehen des Donauschwäbischen Zentralmuseums in Ulm wurden die anwesenden Bundesvorsitzenden der Donauschwaben, **Jürgen Harich**, der Ungarndeutschen, **Joschi Ament** und der Banater Schwaben, **Peter-Dietmar Leber** gebeten, in kurzen Worten zu benennen, wofür aus ihrer Sicht das Donauschwäbische Zentralmuseum steht.

Es war der ungarndeutsche Joschi Ament, der den Begriff der Drehscheibe ins Gespräch brachte. Er und seine Gesprächspartner stimmten darin überein, daß diese Drehscheibe in Ulm einerseits die hiesigen Vertriebenenverbände mit den Heimatvertriebenen in Ungarn, Rumänien, Serbien und Kroatien, aber auch in Sathmar, der Slowakei und anderen Donauanrainerstaaten bis zur Ukraine in Verbindung bringt und in Verbindung hält.

Diese Drehscheibenfunktion hat auch das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel. Alle Beschriftungen sind zweisprachig, also auf Deutsch und Polnisch zu lesen. Wer die eine Sprache beherrscht, wird die Begriffe der anderen Sprache bei Interesse spielerisch erlernen.

Damit sind wir beim Begriff des Leuchtturms:

Das Oberschlesische Landesmuseum ist ein absoluter Wegweiser im Bereich der modernen Museumspädagogik, der Völkerverständigung mit Polen und Tschechien, der multimedialen Postmoderne, sowie des Erkenntnisgewinns sämtlicher Besucher.

Allein der virtuelle Rundgang durch ein **Weltkulturerbe**, dem Bergwerk in Tarnowitz (*Anm. des Autors: Mein Urgroßvater Jakob Schröter war in diesem Bergwerk sein Berufsleben lang tätig und trug eine Staublung davon*), die 360°-Aufnahmen von Ronald Urbanczyk, die in kinogroßem Raum auf gebogener Leinwand präsentiert, den Eindruck von Science Fiction vermittelt, sind es Wert auch in 50 oder 100 Jahren in diesem beeindruckenden Museum in Ratingen-Hösel präsentiert zu werden.

Den ganzen Beitrag können Sie weiterlesen unter:

https://christlichesforum.info/ratingen-oberschlesisches-landesmuseum-sollte-als-leuchtturm-gerettet-werden/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrag-unsere-blogs_1

In unserer Mai/Juni-Ausgabe hatten wir bereits auf die Problematik der Schließung des Oberschlesischen Landesmuseums sowie der Reaktion der Alternative für Deutschland darauf berichtet.

Die Red.

Eine Sudetendeutsche Stimme im Deutschen Bundestag

Mit der Wahl von Martina Kempf in den Bundestag haben die Vertriebenen, Aussiedler und deutsche Minderheiten eine gewichtige Stimme erhalten.

Martina Kempf setzt sich seit Jahren in verschiedenen Gremien für diese schicksalsbehafteten Gemeinschaften ein, unter anderem auch als Vorsitzende der Vertriebenen, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD (VAdM) e. V.

Martina Kempf, deren familiäre Wurzeln sich in der südlichen Lausitz finden, in Haida, Niemes und Umgebung, pflegt seit Jahren Kontakte in die alte Heimat und zu den entsprechenden Verbänden und Organisationen, denn die Vertriebenen und Flüchtlinge mit ihren jeweils besonderen Einflüssen und Entwicklungen sind und bleiben ein zentraler Bestandteil der nationalen Identität aller Deutschen.

Zur Erinnerung gehört, daß nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Vertriebenen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland einen bedeutenden Anteil zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes beitrugen.

Doch auch in der Bewahrung und Fortführung des historischen und kulturellen Erbes der Vertriebenen sieht Martina Kempf eine wichtige und dauernde Aufgabe.

Deshalb setzt sich die Bundestagsabgeordnete Martina Kempf auch weiterhin dafür ein, daß,

das historische und kulturelle Erbe der geflüchteten bzw. vertriebenen Landsleute auch in Zukunft seinen festen Platz im Gedächtnis der Deutschen findet und in den Lehrplänen der Schulen verankert ist;

das Wissen um die Vertreibungsgeschehen mit unzähligen Opfern nicht verloren geht;

die heimatverbliebenen Volksgruppen bei der Bewahrung ihrer Identität unterstützt werden;

Aussiedlungswünsche, insbesondere von Rußlanddeutschen, bevorzugt behandelt werden;

der Schüler- und Jugendaustausch sowie kommunale – und Regionalpartnerschaften mit jenen Staaten, in denen heute noch auslandsdeutsche Minderheiten zu Hause sind, in besonderer Weise gefördert werden. Dazu gehört auch, dass wahlberechtigte Deutsche im Ausland nicht an der Ausübung des Wahlrechts behindert oder benachteiligt werden.

Büro Martina Kempf MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D – 11011 Berlin
martina.kempf@bundestag.de

Am 10. Juli 2025 hielt Martina Kempf ihre erste Rede im Deutschen Bundestag zum Thema Lebensrecht.

Verweis auf das entsprechende Bundestags-Protokoll:

<https://dserver.bundestag.de/btp/21/21018.pdf#P.1736>



Der Vorsitzendes des Sudetendeutschen Landesverbandes Sachsen e. V. und Mitglied des Vorstandes Witikobundes Deutschland e. V. gedachte der Opfer des Komotauer Todesmarsches

Vor 80 Jahren wurden alle männlichen deutschen Einwohner im Alter von 13 bis 65 Jahren in Komotau verpflichtet, sich mit Verpflegung für drei Tag und einer Wollecke am Jahnspielplatz der Stadt zu melden. Bei Nichterscheinen wurde die Todesstrafe angedroht. Gleichzeitig wurden alle tschechischen Bewohner aufgefordert, als Zuschauer und Aktivisten der Abschiebung der Deutschen beizuwohnen.

Mit einer feierlichen Gedenkstunde gedachte dazu der Sudetendeutsche Heimatkreis Komotau und der Förderverein Mittleres Erzgebirge Komotauer Land e. V. den mehr als 3000 Opfern des Todesmarsches und der Vertreibung.

Für die musikalische Umrahmung sorgte der Anton-Günther-Chor Seiffen mit seinem Dirigenten Pfarrer Michale Harzer, der auch bei seinem kurzen Grußwort die Auswüchse von Wokeness in den beiden Großkirchen Deutschlands kritisierte. Grußwort richtete auch der Bürgermeister von Deutschneudorf, Rene Hoffmann, an die Anwesenden.

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Als Vorsitzender des Sudetendeutschen Landesverbandes Sachsen e.V. würdigte ich in meiner Gedenkrede die Ereignisse und gedachte dabei der Toten und Mißhandelten und überbrachte zugleich die Grüße des Sudetendeutschen Landesverbandes Sachsen e. V. und des Witikobundes Deutschland e.V.

25 Kilometer mußten die Jugendlichen und Männer bis zur sächsischen Grenze nach Gebirgsneudorf zurücklegen. Doch die russischen Offiziere lehnten den Übertritt in die sowjetisch besetzte Zone ab. Deshalb ging es nach drei Tagen zurück nach Maltheuern in das dortige Hydrierwerk zur Zwangsarbeit.

Wenn auch heute junge Tschechen den deutschen Opfern gedenken, ist das ein ermutigendes Zeichen. Gleichzeitig drückte ich in meiner Rede die Erwartung aus, daß unsere Erinnerungskultur einen gleichberechtigten Platz neben den anderen historischen Gedenkanklässen zum 80. Jahrestag findet und nicht in Vergessenheit gerät. Gerade auch deshalb ist es aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, daß in Sachsen die CDU-Landtagsabgeordneten bis auf zwei einem Antrag der Linken, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu begehen, zugestimmt haben.

Abschließend drückte ich die Hoffnung aus, daß die Forderung Papst Leos XIV. gehört wird: „Das Recht des Stärkeren ist durch das Völkerrecht zu ersetzen und Aufrüstung ist falsch.“

Mögen deshalb die Opfer von Komotau als Mahnung dafür stehen, daß sich derartige Verbrechen zukünftig nie mehr wiederholen.

Claus Hörrmann



Trump attackiert Putin – und manövriert zwei andere Großmächte in die Enge

Im Ukrainekrieg will die US-Regierung Putin wirtschaftlich stärker unter Druck setzen. Die Energieversorgung von Indien und China soll dabei als wichtiger Hebel dienen.

Washington – Mit Druck auf die russische Wirtschaft will US-Präsident [Donald Trump](#) den Ukraine-Krieg beenden und [Wladimir Putin](#) dazu zwingen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Diese Strategie hat Regierungssprecherin Karoline Leavitt auf einer Pressekonferenz in Washington erneut bekräftigt, meldete die Nachrichtenagentur *dpa*. Wenn es keine Einigung zu einer Waffenruhe oder eine Friedensvereinbarung innerhalb einer genannten Frist gebe, würden Länder, die Öl von Rußland beziehen, sanktioniert, hieß es. [Trump hatte Russland zuvor ein 50-Tage-Ultimatum gestellt, um den Krieg zu beenden](#). Gleichzeitig hat er den Handelspartnern Rußlands Zölle in Höhe von etwa 100 Prozent angedroht.

Trump droht mit US-Zöllen: „Wir sind sehr unzufrieden“.

Ziel ist es, den [Ukraine-Krieg](#) mit diplomatischen Mitteln zu beenden und dazu den Druck auf Rußlands Handelspartner aufzubauen. „Wir sind sehr, sehr unzufrieden“ mit Rußland, sagte Trump laut *Reuters* bei einem Treffen mit [Nato](#)-Generalsekretär Mark Rutte im Weißen Haus. „Wir werden sehr schwere Zölle verhängen, wenn wir nicht in 50 Tagen einen Deal haben, Zölle in Höhe von etwa 100 Prozent“, fuhr der US-Präsident fort. Es würde sich dabei um sogenannte Sekundärzölle handeln, [die sich gegen die verbleibenden Handelspartner Rußlands wie China und Indien richten](#).

Die Ankündigung wirft ein Schlaglicht auf den Umstand, daß Rußland trotz des Ukrainekriegs noch immer gute Geschäfte mit Drittstaaten macht. Vor allem in Indien dürfte man die Ankündigung von US-Präsident Trump aufmerksam verfolgt haben. Laut dem Brüsseler Bruegel-Institut lag der Warenwert der Geschäfte [zwischen Indien und Russland bis Mai 2025 bei mindestens 68 Milliarden US-Dollar](#). Möglicherweise sei er sogar deutlich höher, meldete *AFP*.

Von [Nicola de Paoli](#)/Frankfurter Rundschau: (20.07.2025): <https://www.fr.de/wirtschaft/trump-attackiert-putin-und-manoevriert-zwei-andere-grossmaechte-in-die-enge-93840478.html>

Presseschau

Bewegende Wallfahrt der vertriebenen Donauschwaben in Bad Niedernau 2025

25. Juni 2025

Von Thomas Dapper

Die Wallfahrt der donauschwäbischen Überlebenden verschiedener Internierungs- und Hungerlager sowie ihrer Nachkommen nach Bad Niedernau an Christi Himmelfahrt erfuhr am 29. Mai 2025 bei Sonnenschein und blauem Himmel gleich mehrere Besonderheiten.

Anlässlich der am selben Tag stattfindenden Eröffnung und Einsegnung des Dokumentationszentrums Filipowa reiste auch der emeritierte Erzbischof Dr. Robert Zollitsch an und beteiligte sich nicht nur an der Eucharistiefeier in der Kirche, sondern gestaltete die Einsegnung des Dokumentationszentrums Filipowa sowie der dazugehörenden und würdig gestalteten einzelnen Räumen.

Die Einladung hatte traditionsgemäß das St.-Gerhardswerk ausgesprochen und das gesamte Programm der Wallfahrt der Donauschwaben in Bad Niedernau bestens organisiert.

Mit Johann Sebastian Bachs *Toccat* und *Fuge* begann die hl. Messe würdevoll. Auf diese schönen Momente in der Votivkirche zu Bad Niedernau folgte die Eröffnung durch Pfr. Rapp und Erzbischof Zollitsch, dem Ehrenvorsitzenden des St. Gerhardswerks, der selbst aus Filipowa (srb. Bački Gračac) stammt.



Gedenken an die verstorbenen Landsleute

Pfr. Klaus Rapp, Vorsitzender des St.-Gerhardswerks, wandte sich an die Wallfahrer: *Sie eint, daß sie ihre Heimat verloren haben. Sie fanden und schufen sich eine neue Heimat. Hier sind sie jetzt zuhause. Wir gedenken an jene, die auf der Strecke geblieben sind.*

Die Wurzeln sollen bestehen bleiben, denn sie spenden die Kraft zum Leben. „*Liebe Schwestern und Brüder, wir sind in derselben Situation: Neue Generationen sind geboren worden. Auch in ihrem Leben gibt es eine Wurzel: Die Liebe Gottes zu uns Menschen.*“ Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch erinnerte die Gläubigen mit einem Fürbittegebet an den donauschwäbischen Autoren Stefan Teppert, den Gott in diesem Winter zu sich gerufen hat.

Nach dem Segen und dem letzten gemeinsamen Lied „Großer Gott, wir loben dich“ lud der Vorsitzende des St. Gerhardswerks nach der hl. Messe zu weiteren Programmpunkten.

Dokumentationszentrum Filipowa

Die feierliche Ausstellungs-Eröffnung des Dokumentationszentrums Filipowa fand vor dem Mittagessen statt. Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch segnete das modern gestaltete Dokumentationszentrum sowie die einzelnen Ausstellungsräume sicher auch in Gedanken an seine eigenen Angehörigen aus Filipowa.

Eine besondere Würde erhielt die Ausstellung auch durch die allseits diskutierten und besprochenen Geschichten von der Rettung der Statuen aus der Kirche in Filipowa, die 1967 abgerissen wurde.

Die vielen Ausstellungsstücke und deren stilvolle Präsentation liefert einen beeindruckenden Blick in die Vergangenheit der Donauschwaben und der selbstbewußten Katholiken in der Batschka.

Hierbei sei auch an das Gelübde des Pfarrers Wendelin Gruber und den Gläubigen Donauschwaben in den Todeslagern Gakowo und Rudolfsgnad erinnert, dem die Wallfahrer an Christi Himmelfahrt nach Bad Niedernau folgten. Das Versprechen besagte, wenn wir das überleben, wollen wir eine Kirche bauen und jährlich wallfahren.

Das St.-Gerhardswerk zeigt damit einmal mehr, daß die tiefe Verbundenheit mit dem Orden der Armen Schulschwestern in Bad Niedernau auch nach dem Ableben der Nonnen – nicht nur mit dem Stelenpark, sondern mit dem Dokumentationszentrum, der alljährlichen Wallfahrten – eine zentrale Adresse in der donauschwäbischen Erinnerungskultur einnimmt.

Café der Nachgeborenen

Nach dem Mittagessen trafen sich die Nachkommen der donauschwäbischen Vertriebenen zu einem Gedankenaustausch, an dem auch der Bundesvorsitzende und Präsident des donauschwäbischen Weltdachverbandes, Jürgen Harich, Rede und Antwort stand. Die besonderen Aspekte der Familiengeschichte(n) der Urenkel bestehen in den Überlieferungen voriger Generationen. Hier und da liegen schriftliche Berichte vor, die Jugendliche voll Interesse lesen. Dadurch ergeben sich oft neue Fragestellungen und erst in der Gemeinschaft mit anderen jungen Donauschwaben stellen sie fest, daß sie mit diesem „Rucksack“ ihrer Vorfahren nicht allein sind.

Das „Café der Nachgeborenen“ war die gute Idee von Pfr. Klaus Rapp und stieß auf das steigende Interesse von Jugendlichen, deren junggebliebenen Eltern und einiger engagierter Donauschwaben.

Die Wallfahrt unter dem diesjährigen Motto „Voll Vertrauen auf dem Weg“ fand ihren inspirierenden Abschluß durch eine Maianacht mit Pfr. Rapp. Neben dem Gedanken an die Auferstehung des Heilands gehörte das Gedenken an Maria zur Andacht, zumal jene, die in den Vernichtungslagern Jugoslawiens das Gelübde zu Wallfahrten abgelegt hatten, in ihrer Not einst Trost, Schutz und vielleicht auch Rettung von Marias Fürsprache erhofft hatten.

Quelle: https://christlichesforum.info/bewegende-wallfahrt-der-vertriebenen-donauschwaben-in-bad-niedernau-2025/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrag-unsere-blogs_1

Historische Presseschau

Zeitgeschichte:

Voraussetzungen des Weltfriedens

DIE FURCHE

17. Jänner 1946

Zum zweitenmal innerhalb eines Vierteljahrhunderts wird der Versuch unternommen, eine Organisation zur Sicherung eines dauernden Weltfriedens zu schaffen. Wieder geschieht dies unter dem aufwühlenden Eindruck einer Weltkatastrophe und des Massensterbens von Millionen als Opfer eines jahrelangen menschenmordenden Völkerrkrieges. Zum zweitenmal will die Menschheit einen Schlußstrich gezogen wissen hinter eine Zeit, in der der Krieg der „Vater aller Dinge“ war, einer jahrtausendelangen Epoche, die den Krieg nicht aus der Welt zu schaffen vermochte.

Erst das 20. Jahrhundert hat diesen theoretisch auch schon in früheren Zeiten erörterten Gedanken praktisch zu verwirklichen unternommen und nach dem ersten Weltkrieg wurde tatsächlich die Schaffung einer Weltfriedensorganisation in der Form des Völkerbunds durchgesetzt. Aber dieser erste Versuch mißlang. Die Zeit war damals noch nicht reif für die Verwirklichung dieser großen Idee, was nicht zuletzt in der fehlenden Universalität des Völkerbunds zum Ausdruck kam, dem führende Großmächte entweder fernblieben oder ihm durch ihre gegnerische Einstellung die erforderliche Einigkeit raubten. Der Genfer Bund vermochte denn auch weder den Angriffskrieg Japans gegen China noch den abessinischen Krieg Mussolinis noch den südamerikanischen Chacokrieg zu verhindern, vor allem aber die Welt nicht vor den Schrecken des zweiten Weltkrieges zu bewahren. Dies soll sich aber nicht mehr wiederholen.

Der „zweite Weltkrieg“ war schrecklicher als der erste, ein dritter wäre noch weit entsetzlicher als es der zweite war, und die progressive Steigerung des Schreckens würde schließlich zum Selbstmord der weißen Rasse und zum Untergang ihrer Zivilisation und Kultur führen. Dieser Gefahr eines totalen Vernichtungskrieges soll jetzt die Totalität der Abwehrorganisation, eine geschlossene Verteidigungsfront aller Völker zum Schutze des Weltfriedens entgegengestellt werden. Vorbehaltloses gegenseitiges Vertrauen ist die erste Voraussetzung dafür, daß diesmal ganze Arbeit geleistet wird und die Völker von ihren Vertretern angesichts der möglichen Wiederkehr tödlicher Krisen der Zukunft „nicht wieder im Stiche gelassen werden“. Dr. Zuleta appellierte in dieser Hinsicht in erster Linie an die großen Mächte, die die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit trügen und forderte sie auf, untereinander Einigkeit zu bewahren, da diese die Hauptgrundlage der Organisation der Vereinten Nationen sei. Mit der äußeren zwischenstaatlichen Harmonie muß aber die innere Zufriedenheit der Völker Hand in Hand gehen. Soziale Gerechtigkeit und die Fernhaltung der Not von allen Bevölkerungsschichten sind, wie Premierminister Attlee hervorhob, wesentliche Faktoren für die Erhaltung des Weltfriedens, in dessen Interesse man auch die Ursachen innerer Unruhen und von Bürgerkriegen, deren Flammen leicht über die Grenzen schlagen können, beseitigen muß.

„Die Welt ist heute einiger als je zuvor“, erklärte Attlee. In der Regel sind nur schwere Gefahren, die von außen her die Existenz von Staaten und Völkern bedrohen, imstande, alle Gegensätze zwischen den Bedrohten zu überwinden, diese zu einigen und zu bedingungslosem dauerndem Zusammenschluß zu veranlassen. Auch diesmal ist es eine solche gemeinsame Gefahr, die die Welt zur Einigung drängt. Es ist die Technik der Zerstörung, die zu einer Gefahr für die ganze Menschheit geworden ist, weil der Krieg sich in immer höherem Grade der Vernichtungsmittel bedient, die sie ihm in steigendem Maße zur Verfügung stellt. Der Krieg und seine Technik sind damit heute zum Weltfeind Nr. 1 geworden, zum Feind aller ohne Unterschied. Die rasende Kriegsfurie würde künftig nicht mehr Sieger und Besiegte zurücklassen, sondern auf beiden Seiten nur unendliche Reihen von Leichenbergen und Trümmerstätten.

Wollen wir dies verhindern, so müssen wir die Zerstörungsmittel und die weltvernichtenden Waffen dem Krieg aus den blutigen Händen winden und sie in den Dienst des Friedens stellen. Die Entwaffnung des Krieges und die Bewaffnung des Friedens müssen das Ziel unserer Bestrebungen sein und bleiben. Es darf von nun an nur einen einzigen Grund geben, der Rüstungen rechtfertigt: Den Schutz und die Verteidigung des unteilbaren Weltfriedens.

Es ist vor allem die furchtbare Wirkung der Atombombe, die wie ein Blitz den Abgrund erhellt hat, dem die von Krieg zu Krieg taumelnde Menschheit wie ein von Mordwut befallener Amokläufer entgegenseilte, und die dadurch den weithin hallenden Ruf nach friedlicher Einigung aller Völker geweckt hat. Man muß es hierbei noch als einen außerordentlich bedeutsamen, nicht hoch genug einzuschätzenden Glücksfall ansehen, daß die Konstruktion dieser Bombe gerade in einem Zeitpunkt vollendet wurde, in dem der zweite Weltkrieg bereits in seine letzte Phase getreten war und zwei Bombenwürfe genügten, um den Krieg- auch im japanischen Sektor zu beenden. Denn es ist nicht auszudenken, in welche verhängnisvollen Bahnen die weltpolitische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte gelenkt worden wäre, wenn das Problem der Ausnützung der Atomenergie zur Herstellung von Bomben ungeahnter Wirkung erst einige Jahre nach Abschluß des Krieges — möglicherweise in mehreren Staaten gleichzeitig — gelöst worden wäre.

Alle diese Staaten hätten die Erfindung jedenfalls geheimzuhalten getrachtet, sich vielleicht als deren alleinige Besitzer gewähnt und der eine oder der andere daraus politische Konsequenzen imperialistischer Natur gezogen. Welche Folgen dann ein neuer allgemeiner Krieg gehabt hätte, braucht man sich heute wohl nicht mehr besonders auszumalen.

Daß nun diese furchtbare Waffe schon in den Schlußtagen des zweiten Weltkrieges der ganzen Menschheit alle Schrecken eines Krieges mit solchen Kampfmitteln drastisch vor Augen führte, verwandelt sie aus einer Zerstörungswaffe des Krieges, in eine Schutzwaffe des Friedens. Sie ist es, die durch ihr Auftreten jeder Art von Kriegspolitik und jeden friedensgefährdenden Imperialismus ein kategorisches „Halt“ und ein „Bis hierher und nicht weiter“ gebietet. Sie ist die wirkungsvollste Propaganda gegen den Krieg und der beredtsamste Anwalt eines dauernden Universalfriedens, zu dessen stärkstem Garant sie gleichzeitig wird. Sie ist aber damit auch eine Warnung an die Menschheit, und zwar, wie der britische Premierminister nachdrücklichst betonte, die letzte solche Warnung. Die Völker wissen jetzt, um was es geht und was sie zu erwarten haben, wenn sie sich neuerlich in einen Krieg stürzen lassen. Sie haben die Wahl. Aber diese geht jetzt nicht nur um die Alternative „Krieg oder Frieden“, sondern um „Tod oder Leben“.

Die auf der Moskauer Konferenz zwischen den Außenministern der drei Weltmächte beschlossenen Vereinbarungen über die Kontrolle der Atomenergie, also auch über die internationale Überwachung der Verwendung aller auf der Atomenergie beruhenden Kriegswaffen, beweisen, daß man sich an den leitenden Stellen der führenden Mächte, bei denen ja doch die letzte Entscheidung liegt, über die Verantwortung, die sie damit vor der Menschheit übernehmen, im klaren ist. Es handelt sich für sie wie für alle anderen der Organisation der Vereinten Nationen angehörenden Staaten nicht nur darum, den eigenen Frieden zu sichern, sondern den Frieden aller. Gelingt diese sicherlich nicht leichte Aufgabe, die dieses zweite Mal, aber unter viel günstigeren Aspekten, in Angriff genommen wird, so werden die Staatsmänner der Alliierten für ihre Länder den Ruhm in Anspruch nehmen können, nicht nur aus dem letzten aller Kriege, sondern auch aus dem ersten erfolgreichen Kampf um den Weltfrieden als Sieger hervorgegangen zu sein.

Quelle: <https://www.furche.at/feuilleton/zeitgeschichte/voraussetzungen-des-weltfriedens-6533190>



Buchvorstellung

[Hans Fenske](#)

Der Anfang vom Ende des alten Europa

Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919

Olzog Verlag, München 2014

ISBN 9783957680969

Broschiert, 144 Seiten, 19,90 EUR

KLAPPENTEXT

Es gilt weithin als unzweifelhaft, daß das Deutsche Reich einen wesentlichen Anteil am Ausbruch des Weltkriegs 1914 hatte, daß es während des vierjährigen blutigen Ringens sehr expansive Ziele verfolgte und im Falle eines Sieges seinen Gegnern einen harten Frieden auferlegt hätte. Daß es sich tatsächlich anders verhielt, will diese Studie zeigen. Sie fragt zunächst nach der Haltung der Mächte zum Krieg 1914 und erörtert dann deren Einstellung zum Frieden bis zum Versailler Vertrag 1919. Während dieses Zeitraums waren England und Frankreich nie zu einem Verständigungsfrieden bereit, wohl aber Deutschland und Österreich-Ungarn. Abschließend geht es um die Auswirkungen des Versailler Vertrags. Dessen Reparationsregelungen trugen entscheidend zu den großen Wahlerfolgen der NSDAP ab 1930 bei. Hätten sich die Staaten der Entente während des Krieges auf einen Verständigungsfrieden eingelassen, so wäre die Geschichte seither sehr anders verlaufen. Der Krieg wäre dann nicht der Anfang vom Ende des alten Europa geworden.



Rezensionsnotiz zu Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2014

Rezensent Hans-Christof Kraus liest Hans Fenskens Darstellung der Friedensbemühungen vor 1918 mit viel Gewinn. Wenn der Autor die Frage, ob Frieden frühzeitig möglich gewesen wäre, mit einem Ja beantwortet, scheint der Rezensent sich überzeugen zu lassen. Derart konzis und engagiert geht der Autor zu Werke und verdeutlicht Kraus die tragende Rolle Serbiens und Rußlands zu Kriegsbeginn sowie die Kompromißbereitschaft Deutschlands und Österreichs (die die Alliierten schnöde verschmähten), derart solide, läßt Kraus erkennen, vermittelt er zwischen seiner Arbeit und der neuesten Forschung, derart gründlich schließlich, meint der Rezensent, räumt Fenske mit Legenden auf und entlarvt den Versailler Frieden als „Diktatfrieden“.

5.0 out of 5 stars Wohl das bedeutendste Buch zum 1. Weltkrieg in diesem Jahr

Reviewed in Germany on 7 November 2014

Verified Purchase

Noch immer hält sich hartnäckig die Annahme, daß das prosperierende und ambitionierte Deutsche Reich leichten Herzens und mit gewisser Hybris den Ausbruch des 1. Weltkrieges maßgeblich mitzuverantworten hatte und schließlich durchaus zu Recht mit harten Friedensbedingung schwer gestraft und gedemütigt aus den Geschehnissen hervorging. Nahezu völlig ausgeblendet werden dagegen a.) der französische Militarismus & Revanchismus b.) das wachsende Ungemach des imperialen Großbritanniens gegenüber einem zusehends erstarkenden Deutschland und c.) Rußlands innere Schwäche und fatalem Flucht-nach-vorn Handelns, was Fenske jeweils näher betrachtet.

So lastet man nur zu gerne Deutschland an, die - im Wortsinne - verheerende Bündnislogik durch den sogen. „Blankoscheck“ an die „Donaumonarchie“ ins Rollen gebracht zu haben. Das greift freilich zu kurz, wie Fenske zeigt.

Er lenkt den Blick in der Folge auf den weiteren Verlauf des Krieges, in dem nun allein das Deutsche Reich immer wieder mit Friedensangeboten an die Öffentlichkeit ging - die von den Alliierten jedoch ein- ums andere Mal brüsk zurückgewiesen wurden, wodurch sie den Krieg verlängerten und schließlich zum "Grab ganzer Völker" machten, wie der Autor konstatiert. Wilsons Friedensangebot vom Jan. 1918 blieb letztlich auch nur eine Schimäre. Für die Staatsmänner der alliierten Nationen war der Siegfrieden alternativlos. Der dann auch ganz im Sinne der Alliierten im „Versailler Vertrag“ realisiert wurde. Hierbei stellt Fenske klar, daß es sich schon allein per definitionem nicht um einen Vertrag handelt, ist ein solcher doch stets eine gemeinsame übereinstimmende Willenserklärung. Beim "Versailler Werk" kann hiervon jedoch nicht die Rede sein, da Deutschland bei der "Konferenz der Sieger" überhaupt nicht aktiv am Verhandlungstisch saß, sondern lediglich deren (nicht annehmbare) Ergebnisse zur (erzwungenen) Ratifizierung vorgelegt bekam - stets einhergehend mit der Drohung der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen, wozu das kriegsmüde und ausgelaugte Deutsche Reich schließlich nicht mehr in der Lage war.

Der Rolle der pseudoneutralen USA im 1. Weltkrieg widmet der Autor leider nur ein vglw. kleines Kapitel. Hier wäre es wünschenswert gewesen, zu erwähnen, daß die USA nach dem jahrelangem Patt an der Westfront, von dem man meinte, er könne noch weitere ressourcenverschlingende Jahre andauern und womöglich zu einem Verständigungsfrieden mit Deutschland führen, gar nicht anders konnten, als schließlich in den Krieg einzutreten, da die konkrete Gefahr bestand, die Milliarden an Kriegskrediten an GB & Frankreich im Falle eines Verständigungsfriedens abschreiben zu müssen, wenn die erhofften Reparationen ausblieben. So erschienen 1918 die USA dann auch gegen die "Feinde der Freiheit" (d. i. der Preußische Militarismus) als Bringer der Demokratie in Europa. Eine bis heute wohlbekannte Rhetorik, deren Blutspur sich seither bis in die Gegenwart zieht.

Auf den Beitrag von Hans Fenske: Der Versailler Vertrag weisen wir unter der Rubrik: Geschichte kontrovers. Die Red.

Die Beneš –Dekrete:

Teil 10

Masaryks und Beneš' Konzepte eines „Neuen Europa“ in den 1920ern

Das Konzept Masaryks, eines Mitteleuropas, geht, im Unterschied zum deutschen Mitteleuropa-Konzept, das sich bis auf den Wiener Kongreß verfolgen läßt, auf die Gedankenspiele einer *Donaukonföderation* der Alliierten nach dem Weltkrieg zurück; deren Anstoß gab Masaryk im Londoner Exil (Droz, S. 217). Hier entfachte er eine glühende Propaganda eines „Neuen Europa“, das im Gegensatz zum „pangermanischen“ Pendant Friedrich Naumanns stand. So sprach er bereits im Dezember 1918 von einem Sieg der kleinen Staaten und der daraus resultierenden Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses.

Hierbei zeigt sich der Einfluß der „amerikanischen demokratischen und föderalistischen Idee“. Masaryk, der nachmalige tschechoslowakische Präsident, sah die Zukunft Europas in der Schaffung der *Vereinigten Staaten von Europa*, dieses sollte sowohl die großen, als auch die kleinen Nationen einschließen (Kováč, S. 165-170).

Dargestellt wurde sein Konzept bereits noch während des Krieges: Bereits 1917 präsentierte er sein „La Nouvelle Europe“ den Alliierten: Es sollte die mitteleuropäischen Staaten vom Baltikum zur Ägäis mit ca. 80 Millionen Einwohner umfassen und die Russen von den Deutschen trennen. Nach dem Krieg kam dann alles etwas anders, das Zentrum dieses Neuen Europas, Österreich mit seiner Hauptstadt Wien, nahm die Prinzipien Wilsons ernst und entschied sich für den Anschluß an das Deutsche Reich (Droz, S. 244), dazu sollte es aber auch nicht kommen, ein verkleinertes Österreich wurde aus der Taufe gehoben; dieses mußte sich noch im Überlebenskampf der Staaten bewähren.

Masaryk sprach aber immer *von Europa*, mit den Hintergedanken, erstens den Unterschied zu „Mitteleuropa“ hervorzuheben und zweitens sich Beitrittsoptionen, z. B. und vor allem Frankreichs, freizuhalten.

Auch Beneš hatte gleich nach dem Weltkrieg ein eigenes Mitteleuropa-Konzept: Dabei folgte dieses „dem französischen Plan einer Art Donauföderation“ zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, eventuell sah es auch den Beitritt von Ländern wie Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Polen vor. Beneš meinte, Mitteleuropa könne sich keine Politik des wirtschaftlichen Nationalismus und der Autarkie leisten, sondern nur „eine möglichst enge Zusammenarbeit ohne Verletzung einer staatlichen Souveränität“ der beteiligten Staaten. Eine solche Konstellation würde einen „Anschluß“ aushebeln, würde den ungarischen Revisionismus kontrollieren und, vor allem, würde dieses Europa der Tschechoslowakei die Angst vor einem *pangermanischen* Mitteleuropa nehmen. Unterschieden hätte sich dieses Konzept vom pangermanischen durch seine „demokratische Konzeption. Als finanzieller und wirtschaftlicher Mittelpunkt könnte weiterhin Wien gelten“ (Suppan, S. 185).

Letztlich setzte sich Benešs Mitteleuropa-Konzeption, mit der Schaffung der Kleinen Entente, zum größten Teil durch (Kováč, S. 168). Noch 1927 versuchte er eine *neue* Donauföderation ins Leben zu rufen, die neben den Donauländern eventuell auch Italien einschließen sollte; dieser, von Frankreich unterstützte Block, sollte eine Barriere gegen das deutsche Vordringen auf dem Balkan darstellen (Krüger, S. 335, S. auch S. 402).

Die Schwierigkeit der tschechischen Konzepte bestand darin, daß sowohl Beneš, als auch Masaryk laufend mit Konzepten auftraten, die schwer nominalisiert werden können. Die offensichtlichste Schwierigkeit jedwelcher Donauföderation erfuhr Beneš dann bei seinem Besuch im März 1928 in Berlin: Schubert, der Stresemann vertrat, machte ihm nachdrücklich die deutsche *Ablehnung* eines solchen Konzepts deutlich (Krüger, S. 406).

Masaryk hielt „konkrete nachbarliche Beziehungen“ und allenfalls noch „Teilallianzen der Verbündeten nach Art der Kleinen Entente“ gerade noch für „verwirklichtbar“; zur Zeit des Schreibens seiner Memoiren hielt er noch eine Verbindung der Kleinen Entente mit Österreich realistisch. Diese war, gegen den ungarischen Revisionismus ausgerichtet, im Prinzip eine „negative Allianz“ (Kren, S. 159); diese war noch immer der kleinste gemeinsame Nenner, weil eine tiefergehende Integration als unrealistisch erwies.

Masaryk stand noch 1927 hinter einem, mit dem tschechischen Bankdirektor Preiss entwickeltem, Konzept einer „Kartellierung“ der einzelnen Industriesektoren in der Kombination Tschechoslowakei-Österreich-Jugoslawien (Suppan, S. 196).

Dies alles sah noch sehr nach einem Regionalpakt aus, der sich bereits im Mai 1928 als Illusion erwies (Suppan, S. 188). Führende Repräsentanten des tschechoslowakischen Wirtschaftslebens wollten bereits 1924 das Konzept der vollständigen ökonomischen Selbständigkeit verlassen und befürworteten eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa; Preiss warb in diesem Sinne noch 1928 für die „Idee größerer Zollkomplexe“, hierbei dachte er an: Österreich, Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn, u. U. auch Polen (Lacina, S. 261).

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9

Masaryk selbst gab seine Vision in dem Moment auf, als er meinte, daß der Völkerbund, den man seinerzeit als „Ersatz für die traditionellen Ordnungs- und Integrationskräfte Mitteleuropas“ sah, „die Föderation der ostmitteleuropäischen kleinen Völker unnötig mache“ (Kren, S. 160f). Dies konnte solange nur zutreffen, solange Deutschland, als Verlierer des Weltkrieges, noch in diesem auftrat; durch dessen nachmaligen Austritt aber verlor der Völkerbund dann endgültig seine Funktion. Dieser erwies sich letztendlich als zu schwach, denn er bot keine „ausreichende Grundlage für die Arbitrage-, Konsensual- und Schutzfunktion“ der Staaten dieser



Region; das Grundproblem, das der sogenannten 'Flügelmächte' Deutschland und Rußland, war nicht gelöst, ihre „einstweilige machtpolitische Nullifizierung“ hatte das Problem allenfalls vertagt (Kren, S. 161).

Da die Mehrheit der politischen Führung und der akademischen Intelligenz Österreichs weiterhin dem Anschlußgedanken nachhing, war jede französische oder tschechoslowakische wirtschaftliche oder politische – sei es mit oder gegen Deutschland – „Donauföderation“ von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Obwohl „Föderalisierungs- und Autonomisierungsvorstellungen“ bei den nichtdeutschen und nichtmagyarischen Völkern der Habsburgermonarchie tief verankert waren, wurden diese mit der Bildung eigener Nationalstaaten in den Hintergrund gedrängt, ja verwandelten sich geradezu in ihr Gegenteil: Nun stand der nationale „Staat von Anfang an, als schlechthin einzige und zentrale Gewaltenkonzentration im Mittelpunkt allen Geschehens“ (Kren, S. 154f.).

Diese Etatisierungstendenz kann mit der Notwendigkeit zur Integration, der allgemeinen Zerrüttung im Europa der Nachkriegszeit, der starken Militarisierung und den nicht endenden nationalen Spannungen erklärt werden; der Weltkrieg selbst hatte bereits eine Stärkung des Staates mit sich gebracht. Somit ist ein Scheitern jedwelcher Föderationsideen schon daraus zu erklären, daß die „gesteigerte Etatisierung in der staatlichen Struktur der Nachfolgestaaten Zentralismus und Unitarismus induzierte“ (Kren, S. 155). Die ausbrechende Weltwirtschaftskrise sollte diese Tendenzen nur noch verstärken.

Masaryks „Neues Europa“ scheiterte vor allem an zwei Punkten: Erstens erwies sich sein Konzept, seit den letzten Kriegstagen in einer *permanenten* Evolution begriffen und gleich nach dem Krieg gegen die Euphorie der mitteleuropäischen Etatisierungstendenz als nicht durchsetzbar, und zweitens, als sich die Probleme dieser Euphorie offenbarten, und man zur begrenzten Integration bereit gewesen wäre, mit ihrer antideutschen, aber vor allem antimagyarischen Ausrichtung, als *wirtschaftlich* und *politisch* unrealistisch.

Bild: Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad, Beneš mit [Nicolae Titulescu](#) Rumänien) und [Bogoljub Jevtić](#) (Jugoslawien): (Bundesarchiv)

Literatur

Droz, Jacques: *L'Europe Centrale. Evolution historique de l'idée de »Mitteleuropa«*, Paris 1960, S. 217;

Johnson, Lonnie R.: *Central Europe, Enemies, Neighbors, Friends*, New York/Oxford 1996;

Kováč, Dušan: Milan Hodža. Vom Belvederekreis zum Föderationsgedanken im Zweiten Weltkrieg, S. 165-170, in: Plaschka, Richard G. u. a. (Hrsg.): *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Wien 1995, S. 168;

Krüger, *Die Aussenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985;

Lacina, Vlastislav: *Die Folgen des Zerfalls der Habsburgermonarchie und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Österreich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre*, in: Plaschka S. 257-276;

Richard G. Plaschka, u.a. (Hrsg.): *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (=Zentraleuropa-Studien 1*, Wien 1995)

Suppan, Arnold: *Mitteleuropa-Konzeptionen zwischen Restauration und Anschluß*, in: Plaschka, S. 171-197, S. 185.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Der Versailler Vertrag

von Prof. Dr. Hans Fenske

Bei der Übergabe des Friedensvertrags an die deutsche Delegation am 7. Mai 1919 in Versailles sagte der französische Ministerpräsident Clemenceau in schroffem Ton, den Alliierten sei der fürchterlichste Krieg aufgezwungen worden, nun sei die Stunde der Abrechnung da. Mündliche Verhandlungen über den Vertrag werde es nicht geben, nur schriftliche Bemerkungen seien zulässig. Der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau wies den Vorwurf der Alleinschuld zurück und verlangte, daß eine unparteiische Kommission das Maß der Schuld aller Beteiligten ermittle. Dazu waren die Siegermächte nicht bereit.

Es gab schon damals Gelehrte aus neutralen Staaten, die bei ihren Forschungen zu einer den Tatsachen angemessenen Sicht gekommen waren. Bereits Ende 1914 schrieb der amerikanische Völkerrechtler John William Burgess nach dem Studium der von den Kriegführenden vorgelegten Farbbücher der Entente den weitaus größeren Anteil an der Verantwortung für den Krieg zu als Deutschland und der Donaumonarchie. Der schweizerische Privatgelehrte Ernst Sauerbeck bestätigte das 1919 nach ausgedehnten Quellenstudien völlig. Wenige Jahre später, 1927, veranschlagten Sachverständige aus Norwegen, der Schweiz, den Niederlanden, Schweden und Finnland in einem vom Norwegischen Komitee zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage herausgegebenen Buch den Schuldanteil der Alliierten sehr viel höher als den der Mittelmächte. Der norwegische Gutachter Axel Drolsum sagte, Deutschland habe sich 1914 als einzige Macht um den Frieden bemüht, sei aber am Kriegswillen der anderen Mächte gescheitert.

Jüngste Forschungen bestätigten die eben zitierten Befunde. Der amerikanische Historiker Sean McMeekin stellte 2011 das russische Streben nach Bosphorus und Dardanellen und den damit verbundenen Kriegswillen dar. Anfang März 1914 fiel in St. Petersburg die Entscheidung, den Krieg im Sommer auszulösen. Die feste Entschlossenheit des britischen Außenministers Grey, das Deutsche Reich nachhaltig zu schwächen, haben die beiden Schotten Gerry Docherty und Jim Macgregor 2013 überzeugend nachgewiesen und Reichskanzler Bethmann Hollweg bescheinigt, der einzige europäische Spitzenpolitiker gewesen zu sein, der den Krieg verhindern wollte.

Am 16. Juni 1914 wies Bethmann Hollweg den deutschen Botschafter in London an, mit Grey über die Sicherung des Friedens zu sprechen. Infolge seiner umfangreichen Rüstungen könne Rußland bei einem erneuten Ausbruch der Krise auf dem Balkan entschiedener als bisher auftreten, ob es dann zu einem europäischen Zusammenstoß komme, hänge allein von Deutschland und Großbritannien ab. Träten die beiden Staaten als Garanten des europäischen Friedens auf, lasse sich der Krieg vermeiden. Andernfalls könne ein beliebiger Interessengegensatz die Kriegsflagel zwischen Rußland und Österreich-Ungarn entfachen. Grey antwortete auf die deutsche Anregung ausweichend. Ein Eingehen darauf hätte seiner deutschlandpolitischen Zielsetzung, die er seit seinem Amtsantritt Ende 1905 verfolgte, widersprochen. Seit Anfang 1906 erarbeiteten der britische und der französische Generalstab mit seiner Billigung Pläne für einen Feldzug gegen Deutschland und informierten darüber auch belgische Generalstabsoffiziere, da der Vorstoß durch Belgien erfolgen sollte. Im September 1912 sagte Grey dem russischen Außenminister Sasonow, Großbritannien werde im Falle eines deutsch-französischen Krieges Frankreich voll unterstützen und Deutschland dabei einen so vernichtenden Schlag wie möglich versetzen. Der von Bethmann Hollweg befürchtete erneute Ausbruch der Krise auf dem Balkan ergab sich aus der Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch bosnische Serben am 28. Juni 1914, einer Tat, die vorab in St. Petersburg gebilligt worden war. Auf die Forderung aus Wien, die anti-österreichische Propaganda in Serbien zu unterbinden und den Mord unter Beteiligung österreichischer Bevollmächtigter völlig aufzuklären, ging Serbien nicht ein, nachdem St. Petersburg in Belgrad den drängenden Rat erteilt hatte, die wesentlichen Punkte des österreichischen Forderungskatalogs abzulehnen. Daraufhin erklärte die Donaumonarchie Serbien am 28. Juli den Krieg. In Wien wie in Berlin glaubte man, den Konflikt lokalisieren zu können.

Am Ende ihres Staatsbesuchs in St. Petersburg, der vom 20. bis zum 23. Juli 1914 stattfand, sagten der französische Staatspräsident Poincaré und der französische Ministerpräsident Viviani ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem russischen Vorgehen zu. Daraufhin begann am 24. Juli die russische Mobilmachung. Darüber war Berlin genau informiert. Da der Zar der drängenden Bitte Kaiser Wilhelms II. um Einstellung dieser Maßnahme nicht entsprach, erklärte das Deutsche Reich am Abend des 1. August den Kriegszustand für eingetreten. Die Kriegserklärung an Frankreich folgte am 3. August, weil Paris eine Neutralitätszusage verweigerte. Die Verletzung der nur noch nominell bestehenden belgischen Neutralität durch Deutschland gab Grey am 4. August die Möglichkeit, auch Großbritannien in den Krieg zu führen, bis dahin war der Widerstand in London gegen eine Kriegsteilnahme erheblich gewesen. Daß Berlin das Odium der Kriegserklärung an Rußland und Frankreich auf sich nahm, war präventiv gedacht. Angesichts des drohenden Zweifrontenkriegs sollte schnell gehandelt werden.

Der Krieg wurde von den Alliierten sogleich ideologisch aufgeladen. Der britische Premierminister Asquith sprach von einem Kreuzzug gegen die Anmaßung einer einzelnen Macht, die Entwicklung in Europa zu beherrschen, vom Schutz kleiner Staaten und von der notwendigen Niederwerfung des preußischen Militarismus. Sein Parteifreund Lloyd George wollte das deutsche Volk von der Hölle der Militärkaste befreit sehen, und in der Thronrede hieß es am 11. November, England werde so lange kämpfen, bis es den Frieden bestimmen könne.

Auch in Frankreich war oft die Forderung nach Zerschlagung des preußischen Militarismus zu hören. Im Oktober 1914 sagte Außenminister Delcassé dem russischen Botschafter, das Ziel Frankreichs sei die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Ähnlich sprach Sasonow im September in einem Memorandum für die französische Regierung von der Zerstörung der deutschen Macht und Anmaßung, in Europa vorherrschend zu sein. Am 5. September verpflichteten sich die drei Entente-Staaten vertraglich, keinen Sonderfrieden abzuschließen und sich nur nach Absprache mit den Verbündeten öffentlich zu den Kriegszielen zu äußern. Über diese Ziele wurden etliche Verträge geschlossen, auch mit den Staaten, die wie Italien erst im Laufe des Krieges an die Seite der Alliierten traten. Man wollte eine erhebliche Schwächung Deutschlands sowie die Zerschlagung der Donaumonarchie und des Osmanischen Reiches, das im Herbst 1914 auf der Seite der Mittelmächte in den Krieg eingetreten war [. . .].

Den ganzen Beitrag können Sie unter: <http://gesellschaft-elsass-und-lothringen.de/resources/2019+01-06+Der+Westen.pdf> lesen.

Elsaß-Lothringen: Außenpolitische Implikationen des Bauernkrieges

Bauernunruhen, an denen sich zumeist auch verarmte Städter beteiligten, gab es nicht erst vor dem Aufstand der Bauern 1525/26, der allgemein als der *Bauernkrieg* bezeichnet wird. Während noch Bewegungen wie die des *Bundschuh*s, beispielsweise im elsässischen Schlettstadt 1493, als sich Bauern gegen die Leibeigenschaft empörten oder dem Aufstand des *Armen Konrad* (1514), die relativ schnell verpufften, begann 1524 es insbesondere in Süd- und Mitteldeutschland unter den Bauern und den Städtern zu brodeln.

Ihren Höhepunkt erreichten die Aufstände im Frühjahr und Frühsommer 1525. Da die einzelnen Rebellionen und zeitversetzt ausbrachen, konnten sie von den Autoritäten, insbesondere den Landesfürsten innerhalb kurzer Zeit unterdrückt werden. Über den Bauernkrieg ist, auch wenn die Quellenlage recht schmal ist, in den letzten 500 Jahren viel geschrieben worden. Nach wie vor bleibt Günther Franz, auch wenn er in letzter Zeit immer mehr angefeindet wird, der beste Kenner der Materie.

Im Gegensatz zu der Flut heutiger Publikationen geht Franz auch auf die außenpolitischen Konstellationen des deutschen Bauernkrieges ein; im Folgenden soll ein Blick auf die politisch-gesellschaftliche Gemengelage im Südwesten des Heiligen Reiches Deutscher Nation geworfen werden.

Auch diese Region, wie ganz West- und Mitteleuropa war von einer ökonomischen und sozialen Aufbruchsstimmung geprägt. Nicht nur mit dem steigenden Handel innerhalb Europas und mit den neuen Märkten in Asien und Amerika, kam das Sozialgefüge des Mittelalter – das selbst nie ganz starr und undurchlässig war, wie es im Rückblick scheinen mag – ins Wanken. Mit dem verstärkten Warenaustausch kamen viele Bürger – auch zahlreiche Menschen aus dem Bauernstand – zu einem soliden Wohlstand.

Zu dem wirtschaftlichen Aufschwung trug auch der technische Fortschritt des Bergbaus bei: Bedeutende Handelshäuser, wie die der Baumgarten, der Fugger und der Welser, scheffelten in dieser Sparte ein unwahrscheinliches Vermögen. Selbst Hans Luder, aus einer recht wohlhabenden Bauernfamilie stammend, konnte durch unternehmerische Erfolge im Mansfeldischen Bergbau seinem Ältesten, Martin Luther, das Studium der Theologie ermöglichen.

Die politischen und sozialen Spannungen innerhalb und außerhalb des Reiches versuchte man, viel zu spät auf dem Wormser Reichstag von 1495 zu lösen: Es wurde der Ewige Landfrieden verkündet, eine Reichssteuer, der *Gemeine Pfennig* zur Abwehr der Türkengefahr (Fall Konstantinopels 1453) und zur Finanzierung der Kriege des Kaisers gegen Frankreich, das römische Recht eingeführt und ein Reichskammergericht eingerichtet sowie das Reichregiment, eine ständige Reichsregierung zugesichert.

Diese Reformansätze sollten eine Zentralisierung des Reiches bewirken, aber schon bald zeigte sich, daß die Reformen stockten: Kaiserliche und landesfürstliche Interessen waren *nicht* miteinander vereinbar. Dies zeigte sich nicht nur in der Innenpolitik: Während sich Frankreich und England von der Kurie lösten, verblieb das „Römische“ Reich mit dieser eng verwoben.

Die Eintreibung des Gemeinen Pfennings über die römisch-katholischen Pfarreien gestaltete sich äußerst schwierig und wurde von den Schweizer Eidgenossen schon aus Rivalität zu dem Habsburger auf dem Kaiserthron rundweg abgelehnt: Hierdurch entfremdeten sich diese nur noch mehr und *schied*n nach ihrem Sieg im sogenannten Schwabenkrieg 1499 ganz aus dem Reichsverband aus.

Fortsetzung auf S. 13



Fortsetzung von S. 12

Die Preissteigerung nach der Jahrhundertwende, durch ein starkes Bevölkerungswachstum bedingt, führte dazu, daß Landesfürsten und Lehensherren Abgaben aller Art und Dienstleistungen erhöhten. Auf die daraus resultierenden Forderungen der Bauern kann hier im Detail nicht eingegangen werden.

Der äußerst umstrittene Herzog Ulrich von Württemberg wurde vom Schwäbischen Bund aus seinem 1519 Herzogtum vertrieben und zog sich in die Grafschaft Mömpelgard (franz. Montbéliard), die 1444 an das Herzogtum Württemberg gefallen war, zurück. Hier führte er im gleichen Jahr mit Guillaume Farel – zehn Jahre vor dem Herzogtum – die Reformation ein. Herzog Ulrich hatte in seinem Herrschergebiet seinerzeit die Bewegung des Armen Konrad mit allen Mitteln bekämpft. Daß er und sein aufwendiger Lebenswandel selbst der Grund der Unruhen war, wollte er nicht wahrhaben.



Mit Subsidien des *französischen* Königs, Franz I., kaufte 1521 Ulrich den Hohentwiel bei Singen und begann diesen zu einer Festung auszubauen, bedrohte damit den Schwäbischen Bund und die *habsburgische* Regentschaft in Württemberg. Als der eigentliche Bauernkrieg im Frühjahr 1525 im Südwesten mit den Zwölf Artikel aus Memmingen Fahrt aufnahm, *unterstützte* Herzog Ulrich die Bauernhaufen, um die Autorität Ferdinands, dem Bruder Karls V., zu untergraben.

Zu diesen politischen und sozialen Implikationen kam noch eine religiöse: Für die Bauern und die Städter, aber insbesondere für die *Führer* der Bauernhaufen wurde die Schrift die einzige Autorität: Sie alle fanden Halt *nur* in der Bibel:

„So wurde der Grundsatz der Göttlichen Gerechtigkeit, der im Bundschuh trotz allem nur die Angelegenheit weniger hundert oder tausend Verschworenen gewesen war, zum Massen mitreißenden Schlagwort. In ihm einte sich der soziale Erneuerungswille im Bauernstand mit der neuen reformatorischen Gesinnung und dem Streben nach einer neuen Ordnung. Die Göttliche Gerechtigkeit in ihrer evangelischen Ausdeutung wurde die Brücke, über die auch die Bauern, die sich bisher nur zum alten Recht bekannt hatten, den Weg zur Revolution fanden“ (Franz, S. 90).

Schon Mai 1524 kam Erzherzog Ferdinand nach Vorderösterreich; auf dem Breisgauer Landtag schwor er die Stände zum Widerstand gegen die Reformation ein: Bereits

„Ende Juni beschlossen in Regensburg der päpstliche Legat Campeggi, Erzherzog Ferdinand, die Bischöfe von Salzburg, Trient und Wien und die bayrischen Herzöge die strengste Durchführung des Wormser Edikts. Sie verpflichteten sich zur Aufrechterhaltung der katholischen Lehre [. . .] Ganz Oberdeutschland war im Sommer 1524 im Kampf gegen die neue Lehre geeint. Ferdinand konnte sich dem Papste gegenüber rühmen: »Täglich gebe ich unzweideutige Beweise meines reinen Glaubens. Nichts unter der Sonne ersehne ich heißer, als daß ein so abscheuliches Volk (wie die Lutheraner) aus meinen Gebieten entfernen werde“ (Franz, 90f.; Rek. auf Dt. Reichstagsakten j. R. III, 620).

Im nicht so weit entfernten Oberitalien standen sich die Heere Karls V. und Franz' I. Heere gegenüber: Für das Haus Habsburg (Spanien, die österreichischen Erbländer und Burgund) sah es Ende 1524 militärisch kritisch aus, doch in der Schlacht von Pavia (24. Februar 1525) konnten die Kaiserlichen einen bedeutenden Sieg erringen und Franz I. geriet in Gefangenschaft. Von den württembergischen Bauern nicht als Verbündeter wahrgenommen und von seinen schweizer Söldner verlassen, zog sich Herzog Ulrich auf den Hohentwiel zurück.

Der Bauernaufstand brach im Elsaß etwas später als auf der rechtsrheinischen Seite aus: Die Unruhen erfaßten zuerst Straßburg dann das Oberelsaß und den Sundgau. Am 18. April 1525 plünderte ein Bauernhaufen das Kloster Altdorf. Weitere Aufstände gab es in Ebersheim (Kloster Ebersheim-Münster) und Barr, das 1472 endgültig an die Pfalz gefallen war.

Literatur

Günther Franz: *Der deutsche Bauernkrieg*, 10., verb. und durch einen Bildanhang erw. Auflage, Darmstadt 1975;
Günther Franz (Hrsg.): *Peter Harers Wahrhafte und gründliche Beschreibung des Bauernkriegs*, Kaiserlautern 1936.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Erinnern

Kriegsursachen 1914

Vorspiel zum Ersten Weltkrieg: Zweiter Balkankrieg

Teil 10

Einte die Gegnerschaft zum Osmanischen Reich die Balkanländer noch im Ersten Balkankrieg, so zerstritten sich die einstigen Verbündeten nach dem Frieden von London (30. Mai 1913) über die erzielte Beute.

Den Zweiten Balkankrieg faßt Etschmann zusammen:

„Die Absichten Bulgariens, Mazedonien komplett unter seine Kontrolle zu bringen, führten am 30. Juni 1913 zu einem neuen Krieg zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien, wobei Bulgarien binnen zehn Tagen schwere Niederlagen erlitt. Bereits am 10. Juli erklärte auch Rumänien Bulgarien den Krieg und ließ seine Armeen in der Stärke von rund 250 000 Mann über die ungeschützte Nordgrenze nach Bulgarien einrücken, wobei die rumänischen Truppen innerhalb von knapp zehn Tagen die Außenbezirke von Sofia erreichten. Zwei Tage später erklärte ebenso das Osmanische Reich Bulgarien den Krieg, konnte am 22. Juli Adrianopel erobern und Teile Ostthakiens besetzen. Allein griechische Truppen konnten jedoch in der Kresna-Schlucht (Struma) geschlagen werden. Diese Operationen zwangen Bulgarien zur Kapitulation. Der Friede von Bukarest am 10. August 1913 bestätigte im Wesentlichen die Ergebnisse des Ersten Balkankrieges.

Bulgarien erhielt Teile Mazedoniens und in Westthrakien einen Zugang zum Mittelmeer, den es bis 1918, respektive bis November 1919 behielt, mußte aber die Süddobrukscha an Rumänien abtreten.

Das Osmanische Reich hatte zwar Adrianopel zurückgewonnen, behielt eigentlich nur noch einen Brückenkopf in der Größe von knapp mehr als 20 000 km² und knapp 1,5 Millionen Einwohnern in Europa.

Die Verluste der beteiligten Streitkräfte waren für die relativ kurze Dauer der beiden Kriege enorm. Alle Heere – am wenigsten das rumänische, das aber viele Opfer durch eine Typhus-Epidemie hinnehmen hatte müssen – waren am Ende des Krieges erschöpft und durch blutige Verluste sowie durch Seuchen und leichtere Krankheiten geschwächt. Die Armeen waren im Frühjahr logistisch praktisch am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, da der Nachschub aus den Heimatbasen immer schwieriger wurde und man in den ärmlichen Gebieten kaum vom eigenen Land leben konnte.

Viele Kriegsgefangene, aber auch zahllose Zivilisten fielen Massakern zum Opfer, die mit unbeschreiblicher Grausamkeit von den jeweils gegnerischen Armeen und Freischaren verübt wurden. Vertreibungen wurden unter Androhung und exemplarischer Ausführung von extremen Brutalitäten erzwungen.“

Diese Eindrücke hätten den europäischen Großmächten, die es nicht geschafft hatten, die Kontrahenten zu trennen, eine eindringliche Warnung vor den Grauen eines Krieges sein müssen.

Bild: Territoriale Änderungen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Balkan_Wars_Boundaries.jpg)

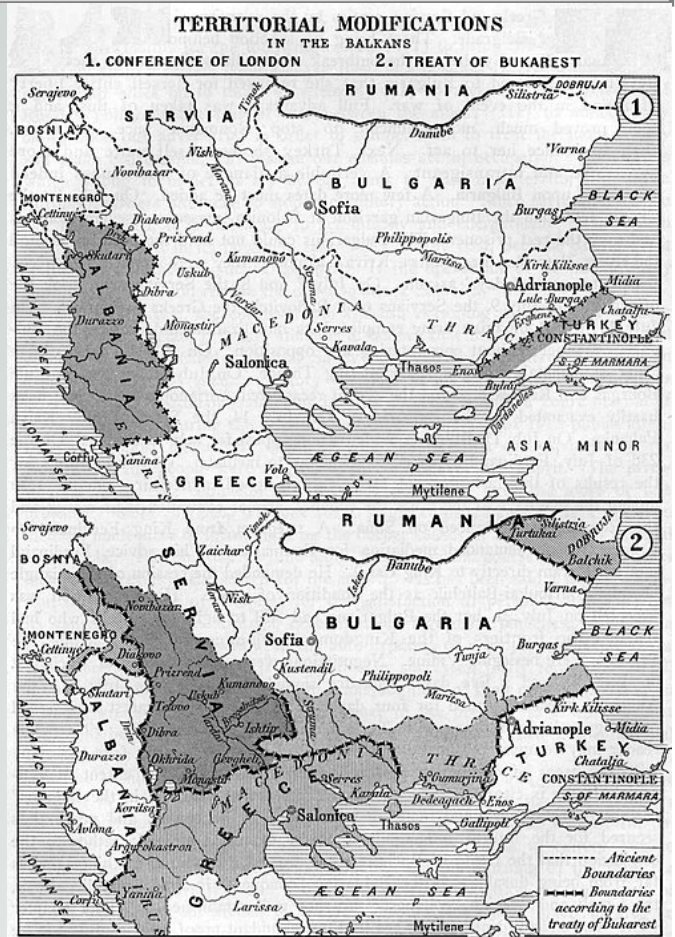
Literatur

Wolfgang Etschmann, Dr.: *Von Tripolis bis Adrianopel. Die Balkankriege 1912 – 1913*, (<https://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=1505>);

Gregor Schöllgen: *Das Zeitalter des Imperialismus*, 3., überarb. und erw. Aufl., München 1994.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



Temeswar in der Revolution 1989. Der 18. Dezember 1989:
Tag der Arbeiter
Teil 8

Der 17. Dezember 1989, der Blutsontag,

„ist auch ein Tag des Geheimdienstes gewesen, ein Tag der Folterer der Securitate. Auch diese Bilder sind durch die Presse gegangen: die Massengräber, hastig auf dem Helden- und dem Armenfriedhof ausgehoben; die Bilder der von Geheimdienstleuten zu Tode Gefolterten“ (Boese, S. 22).

Auch hätten sich Securistenfrauen,

„in weiße Kittel gekleidet, in die Krankenhäuser geschlichen, um Verwundete zu erschießen. In den Krematorien der Krankenhäuser, ebenso in dem riesigen Schweinemastkombinat »Comtim« sollen Leichen heimlich verbrannt worden sein“ (Boese, S. 23).

Dies alles kam in den darauffolgenden Tagen ans Tageslicht: Die Aufarbeitung der Verantwortlichkeiten beschäftigt allerdings bis heute die rumänische Öffentlichkeit.

An diesem Tag soll es 90 Tote und 300 – 400 Verletzte gegeben haben:

„Aber noch während diese Zeilen geschrieben werden [1990], gibt es Vermißte, ist die genaue Zahl der Toten nicht bekannt“ (Boese, S. 23).

Die Wucht der Temeswarer Ereignisse dieses Tages veranlaßte die Regierung, entgegen den früheren Gepflogenheiten des Regimes, am Morgen des 18. Dezember 1989 zu reagieren: Ein Rundschreiben erging an Betriebe und Behörden im ganzen Land:

„Mit den Belegschaften soll besprochen werden, was in Temeswar geschehen ist. Sie sollen die Rowdys verurteilen, die man für alles verantwortlich macht, für die zerbrochenen Fensterscheiben, die geplünderten Läden“ (Boese, S. 24).

Später kam heraus, daß die Securitate Leute dazu anstiftete, in der Lloydzeile zu plündern und zu verwüsten; die geraubten Waren tauchten in den Gebäuden des Geheimdienstes auf (Boese, S. 24).

Ceauşescu hatte befohlen, die Arbeitergarden zu mobilisieren:

„Patrouillen aus Jugendlichen und Parteifunktionären seien zusammenzustellen. In den Fabriken, Schulen und Universitäten müsse entschlossen gegen die antisozialistischen Kräfte, die im Dienst ausländischer Mächte stünden, argumentiert werden“ (Boese, S. 21; Rek. auf: Der Clan erteilte Schießbefehl, in: Neuer Weg [Bukarest] vom 11.01.1990).

Eine aus Bukarest entsandte Aktivistin meinte: „Wo wurde denn überhaupt geschossen, ich habe nichts, gar nichts gehört?“ Weiter meinte sie, jeder

„Arbeitsschicht sollten klare Verhaltensmaßregeln mitgeteilt werden, niemand durfte von seinem Arbeitsplatz fehlen.

»Wir haben die Lage völlig im Griff, Genosse Direktor! Alle Angestellten, die sich ordnungswidrig verhalten, müssen vor der Belegschaft Rechenschaft geben und von ihr gemäßregelt werden. Die geringste Aufwiegelei ist sofort zu melden: hier die Telefonnummer«“ (Bohn, S. 211).

Nachfolgend unterrichtete die Aktivistin

„in aller Eile davon, daß der »Genosse« [Nicolae Ceauşescu] zu einem dringlichen Staatsbesuch in den Iran abgeflogen und wie wichtig es sei, die unruhigen Geister in den Reihen der Arbeiterschaft zu beschwichtigen und einzuschüchtern! »Die »Genossin« [Frau Elena Ceauşescu] läßt alle Leitungskader wissen, daß die Ruhe unter allen Umständen bewahrt oder wiederhergestellt werden muß! Die Genossin hat alle Macht übernommen – in Temeswar wird innerhalb der nächsten Stunden »alles in Ordnung gebracht werden!«“ (Bohn, S. 211).

Als der Direktor nach dem Verbleib nach einem Arbeitskollegen namens Stancu fragte, wiegelte die Kommunistin schroff ab:

„»Aber wir sind doch kein Kindergarten, keine Amme, Genosse Direktor! Wer weiß – vielleicht ist dieser Stancu über die Grenze gelaufen und ein Landesverräter geworden!? Was war er überhaupt denn für ein Element«“ (Bohn, S. 212).

Fortsetzung auf S. 16



Bild: 17. Dezember 1989:

<https://de.euronews.com/2019/12/17/als-die-leute-von-temeswar->

Fortsetzung von S. 15

Die Belehrung und die Mobilisierung in den Betrieben ging allerdings nach hinten los: In Hermannstadt (rum. Sibiu) sagten die Arbeiter: „»Das stimmt alles nicht, ihr seid Lügner« [. . .], sie hätten doch Kinder in Temeswar, das seien keine Terroristen“ (Boese, S. 24).

Über Rundfunk war man informiert: Seit spätestens dem 18. Dezember strahlte auch der Sender *Freies Europa* Nachrichten über den Aufstand aus (Grigore Cartianu): Allerdings tappten auch die ausländischen Medien im Dunklen.

Hans Bohn, ein schon vor der Revolution entlassener Temeswarer Rundfunkjournalist, sprach kurz vor Weihnachten – in einem Interview des Österreichischen Rundfunks mit dem seinerzeitigen Vorsitzenden der Front der Nationalen Rettung, Lorin Fortuna, und mit dessen Stellvertreter, dem Elektronik-Ingenieur, Burlacu; dieser berichtet:

„Meine Aufgabe war es, am Opernplatz eine handfeste Interventionsgruppe aufzustellen, um in brenzligen Situationen einzugreifen. Wir waren mit Schlagstöcken, Molotov-Koktails ausgerüstet und hatten ein einziges Gewehr. Unsere Aufgabe war es auch, schnellstens eine Telefonverbindung zum Ausland herzustellen, waren doch sämtliche Telefonleitungen unterbrochen worden. Wir ließen diesbezüglich alle unsere Verbindungen spielen, setzten alle Antennen aus. Glücklicherweise kam ein Hinweis: ein vor Jahren abgesägter Securitate-Mann gab uns vertrauliche Informationen über eine bestehende Verbindungsmöglichkeit nach Jugoslawien! Die Leitung war intakt: wir brachten die Verbindung zur Presseagentur ‚Tanjug‘ zustande und die Welt erfuhr von den furchtbaren Ereignissen von Temeswar“ (Bohn, S. 217f.).

Hier kommt die entscheidende Frage der Temeswarer „Revolution“ auf: Wie weit war das Ausland, insbesondere die Nachbarländer Rumäniens: Jugoslawien, Ungarn und die Sowjetunion am Ausbruch und am Ablauf der heißen Phase des Aufstandes involviert?

Die Kommunikationsmöglichkeiten des jugoslawischen Konsuls wurden schon erwähnt. Der umstrittene General Victor A. Stănculescu (S. 85) berichtet, daß jener im Kreisparteikomitee Hilfe bei der Wiederherstellung der Ordnung gegen die Abtretung des Banats angeboten hätte: Lassen wir diese Aussage einmal so stehen. An gleicher Stelle berichtet der General, daß ihm die „Jungs“ von der Securitate berichtet hätten, daß die Lunte zum Ausbruch des Aufstandes gelegt wurde; allerdings nennt er hierbei nicht Roß und Reiter. Desgleichen erwähnt Stănculescu, daß im Land eine Anzahl Ausländer (vorwiegend aus der Sowjetunion) ausnahmsweise *nur* Männer in PKWs unterwegs gewesen wären, um Nachrichten zu streuen und Aktionen in den Städten auszuführen.

Am 18. Dezember 1989 trauten sich die Temeswarer wieder ihren Geschäften nachzugehen, auch wenn, wie im letzten Teil beschrieben (Podlipny-Hehn), man sich gegenseitig beäugte. Ein harter Kern von Demonstranten, über dessen Zusammensetzung man spekulieren kann, stand weiterhin an den neuralgischen Punkten: Opernplatz, Freiheitsplatz, Girokerstraße, vor dem Kreisparteitaggebäude und dem Rathaus. Die Gerüchteküche brodelt: Was könnte dem verbrecherischen Regime noch einfallen, um die Aufständischen zurückzudrängen?

Am späten Nachmittag wird auf eine Gruppe Kinder und Jugendlicher auf den Treppen der Kathedrale geschossen: Es soll zwischen 20 und 30 Tote gegeben haben. Viele Demonstranten flüchteten in das Gotteshaus, und nachdem die Vordertüren geschlossen wurden, versuchten sie, durch die Hintertüren in den Park zu entkommen, aber auch dieser war inzwischen vom Militär umstellt. Die ganze Nacht auf den 19. Dezember waren aus den verschiedenen Stadtteilen Schüsse zu hören (Podlipny-Hehn, S. 21).

Die jetzt einsetzende „Bearbeitung“ in den Fabriken hatte aber zur Folge, daß die Arbeiter in den Streik traten, sie

„richteten ihre Forderungen an die lokalen Behörden, die sogar Entgegenkommen vortäuschten: Sie kamen persönlich in die Industrieunternehmen, um mit den Arbeitern zu sprechen, sie zu beruhigen. »Nur nicht auf die Straßen!« dachten sie, »denn eine Demonstration der Arbeiter könnte zu gefährlich werden.«“ (Podlipny-Hehn, S. 22).

Die Zeiten wie Ende der 1940er Jahre waren vorbei: Die zwischenzeitlich gut informierte Arbeiterschaft ließ sich nicht mehr vor den kommunistischen Karren spannen.

Literatur

Engelbrecht Boese: *Der Aufstand von Temeswar*, Pfinztal 1990;

Hans Bohn: *Die Lazarusnacht von Temeswar. Chronik des Volksaufstandes vom Dezember 1989 in von ihm 1993 erschienenem Buch Verlorene Heimat (Temeswarer Helicon-Verlag);*

Annemarie Podlipny-Hehn: *Wir waren Zeugen. Temeswar 1989/1990*, München 1991.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Vorwort des Herausgebers

Keinem Buche ist ein Vorwort nötiger als gegenwärtigem, da es, wird nicht erklärt, auf welche wunderliche Weise es sich zusammengefügt hat, als ein zusammengewürfeltes Durcheinander erscheinen dürfte.

Daher bittet der Herausgeber den günstigen Leser, wirklich zu lesen, nämlich dies Vorwort.

Besagter Herausgeber hat einen Freund, mit dem er ein Herz und eine Seele ist, den er ebensogut kennt, als sich selbst. Dieser Freund sprach eines Tages zu ihm ungefähr also: „Da du, mein Guter, schon manches Buch hast drucken lassen und dich auf Verleger verstehst, wird es dir ein leichtes sein, irgendeinen von diesen wackern Herren aufzufinden, der auf deine Empfehlung etwas druckt, was ein junger Autor von dem glänzendsten Talent, von den vortrefflichsten Gaben vorher aufschrieb. Nimm dich des Mannes an, er verdient es.“

Der Herausgeber versprach, sein Bestes zu tun für den schriftstellerischen Kollegen. Etwas verwunderlich wollt' es ihm nun wohl bedünken, als sein Freund ihm gestand, daß das Manuskript von einem Kater, Murr geheiß, herrühre und dessen Lebensansichten enthalte; das Wort war jedoch gegeben, und da der Eingang der Historie ihm ziemlich gut stilisiert schien, so lief er sofort, mit dem Manuskript in der Tasche, zu dem Herrn Dümmler Unter den Linden und proponierte ihm den Verlag des Katerbuchs.

Herr Dümmler meinte, bis jetzt habe er zwar nicht unter seinen Autoren einen Kater gehabt, wisse auch nicht, daß irgendeiner seiner werten Kollegen mit einem Mann des Schlages bis jetzt sich eingelassen, indessen wolle er den Versuch wohl machen.

Der Druck begann, und dem Herausgeber kamen die ersten Aushängebogen zu Gesicht. Wie erschrak er aber, als er gewahrte, daß Murrs Geschichte hin und wieder abbricht und dann fremde Einschießel vorkommen, die einem andern Buch, die Biographie des Kapellmeisters Johannes Kreisler enthaltend, angehören.

Nach sorgfältiger Nachforschung und Erkundigung erfuhr der Herausgeber endlich folgendes. Als der Kater Murr seine Lebensansichten schrieb, zerriß er ohne Umstände ein gedrucktes Buch, das er bei seinem Herrn vorfand, und verbrauchte die Blätter harmlos teils zur Unterlage, teils zum Löschen. Diese Blätter blieben im Manuskript und – wurden, als zu demselben gehörig, aus Versehen mit abgedruckt!

De- und wehmütig muß nun der Herausgeber gestehen, daß das verworrene Gemisch fremdartiger Stoffe durcheinander lediglich durch seinen Leichtsinns veranlaßt, da er das Manuskript des Katers hätte genau durchgehen sollen, ehe er es zum Druck beförderte, indessen ist noch einiger Trost für ihn vorhanden.

Fürs erste wird der geneigte Leser sich leicht aus der Sache finden können, wenn er die eingeklammerten Bemerkungen, *Mak. Bl* (Makulatur-Blatt) und *M. f. f.* (Murr fährt fort) gütigst beachten will, dann ist aber das zerrissene Buch höchstwahrscheinlich gar nicht in den Buchhandel gekommen, da niemand auch nur das mindeste davon weiß. Den Freunden des Kapellmeisters wenigstens wird es daher angenehm sein, daß sie durch den literarischen Vandalismus des Katers zu einigen Nachrichten über die sehr seltsamen Lebensumstände jenes in seiner Art nicht unmerklichen Mannes kommen.

Der Herausgeber hofft auf gütige Verzeihung.

Wahr ist es endlich, daß Autoren ihre kühnsten Gedanken, die außerordentlichsten Wendungen oft ihren gütigen Setzern verdanken, die dem Aufschwunge der Ideen nachhelfen durch sogenannte Druckfehler. So sprach z. B. der Herausgeber im zweiten Teile seiner "Nachtstücke" Pag. 326 von geräumigen Bosketts, die in einem Garten befindlich. Das war dem Setzer nicht genial genug, er setzte daher das Wörtlein Bosketts um in das Wörtlein Kasketts. So läßt in der Erzählung "Das Fräulein Scuderi" der Setzer pfiffigerweise besagtes Fräulein statt in einer schwarzen *Robe*, in einer schwarzen *Farbe* von schwerem Seidenzeug erscheinen usw.

Jedem jedoch das Seine! Weder der Kater Murr noch der unbekannte Biograph des Kapellmeisters Kreisler soll sich mit fremden Federn schmücken, und der Herausgeber bittet daher den günstigen Leser dringend, bevor er das Werklein liest, nachfolgende Änderungen zu veranstalten, damit er von beiden Autoren nicht besser oder schlechter denke, als sie es verdienen. Übrigens werden nur die Haupterrata bemerkt, geringere dagegen der Diskretion des gütigen Lesers überlassen.

(Es folgt die Angabe einer Reihe von Druckfehlern.)

Schließlich darf der Herausgeber versichern, daß er den Kater Murr persönlich kennengelernt und in ihm einen Mann von angenehmen milden Sitten gefunden hat. Er ist auf dem Umschlage dieses Buchs frappant getroffen.

Berlin, im November 1819.

E. T. A. Hoffmann.

ETA Hoffmann

Ernst Theodor Amadeus Hoffmann wurde am 24. Januar 1776 in Königsberg geboren. Das Studium der Rechte in Königsberg ließ noch nicht erahnen, daß er zu einem der bekanntesten deutschen Schriftsteller der Romantik wurde.

Sein Lieblingsgenre wurde die Novelle. Außer der Schriftstellerei wirkte er als Zeichner und Karikaturist, Komponist und Kapellmeister; Seine Musikkritiken waren die besten seiner Zeit. Seine künstlerischen Erfolge hinderten ihn nicht daran, 1814 nach den Befreiungskriegen in den Staatsdienst auf Honorarbasis einzutreten. Einige Fälle der „Immediat-Untersuchungskommission“ dienten ihm als Vorlagen seiner Schriften und Karikaturen, was Hoffmann auch einigen Ärger mit seinen Vorgesetzten einbrachte.

ETA Hoffmann verstarb recht früh am 25. Juni 1822 in Berlin

HOH(L)SPIEGEL:

Ruhm ist die Summe der Mißverständnisse, die sich um einen Namen sammeln.

Rainer Maria Rilke

HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet—aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER

Herbert Karl:

0175 9036144

Martina Kempf

STELLV. SPRECHER :

Vadim Derksen

Albert Breiningering

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carl

IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:

kontakt@vadm-afd.de